

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

15. Januar 2016

Dobrindts Geschlossene Gesellschaft

Verkehrsminister gründet Innovationsforum Personen- und Güterverkehr für Politik und Industrie – Städte und Bürgerinitiativen müssen draußen bleiben. Sie dürfen weiter tief einatmen und sich die Ohren zuhalten!

Das Bundesverkehrsministerium und Verbände haben am Dienstag dieser Woche das sogenannte Innovationsforum Personen- und Güterverkehr gegründet. Teilnehmer sind Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), des Bundesverbands für Güterverkehr und Logistik (BGL), des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), des Bundesverbands der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB) und der Deutschen Bahn AG.

Die Mitgliederliste offenbart, es handelt sich um ein Innovationsforum für mehr Verkehr, das Umweltaspekte streift und lediglich die Umweltbedingungen für die betroffenen Industrie- und Verkehrsunternehmen verträglich gestalten soll. Im Wesentlichen konzentriert man sich auf die Ziele der Skalenökonomie für noch mehr Verkehr und auch für vermeintlich noch mehr Wachstum. Ob die Menschen das Ganze überleben, scheint hier die geringere Sorge zu sein. Das jedenfalls glaubt Frank Gross, Vorsitzender des Bürgernetzwerks Pro Rheintal, das seit zehn Jahren für weniger Verkehrslärm kämpft, weil die Menschen durch den Lärm von Güterzügen, Autos und Flugzeugen krank werden, die Städte und Regionen verarmen und deren Wirtschaft leidet.

Gross reklamiert, dass es im neuen Innovationsforum so gut wie keine Bürger-, Mittelstands- und Städtevertreter gebe und auch keine Initiativen und Fachleute für Immissionsschutz. Der VW-Skandal, die skandalöse Beschaffenheit der Straßen und Schienenwege, die unzumutbare Luft- und Wasserverschmutzung, die Vernachlässigung der Binnenschifffahrt und von Transportalternativen durch Regionalisierung sowie nicht zuletzt der bis heute nicht vorhandene Anspruch auf Lärmschutz seien ein deutliches Zeichen einer verfehlten Politik. Mit der ewig

gleichen Art von „Geld verteilen“ versuche man Probleme zu lösen, deren Kern genau dieses „Geld verteilen“ ist. „Wir haben mit Entsetzen festgestellt, dass es bei der Deutschen Bahn so gut wie keine Fachleute für Immissionsschutz gibt. Entsprechend ist der Schienengüterverkehr heute mehr als doppelt oder dreifach so laut wie zu Zeiten, in denen es noch kein Immissionsschutzgesetz gab“, kritisiert Gross. Man simuliere Bürgerschutz und Menschenrechte und ignoriere, dass die Menschen aus Fleisch und Blut seien und als Mitarbeiter und Konsumenten das Rückgrat der Deutschen Wirtschaft bildeten.

Überhört würden auch die Warnungen der Wissenschaft vor der Klimakatastrophe und den damit einhergehenden Effekten. Auch was die Infrastruktur betrifft, zeige die aktuelle Lage, dass die jährlichen Milliarden, die man den Steuerzahlern zweckgebunden abverlangt, in ganz andere Kanäle flössen als in Straßen, Wasserwege und Schienen. Hinzu komme, dass man dort, wo eine einfache Eisenbahnweiche angeblich mehr als eine Million Euro kostet, jegliches Maß für gesundes Wirtschaften verloren habe und die Milliarden nur so versickerten. Daher sei es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die Bahn endgültig aufs Abstellgleis gerate. Die dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur müssten jetzt zwingend durch qualitative Vorgaben und Verordnungen zum Immissionsschutz begleitet werden. Die zunehmenden Belastungen durch Lärm, CO₂, Ozon und Feinstaub seien nicht länger hinnehmbar, denn sie führten zu einem vorzeitigen Tod durch Herz-Kreislauf- oder Krebserkrankungen. Hierdurch würden Grund- und Menschenrechte verletzt.

Laut Sachverständigenrat des Deutschen Bundestages sei es durchaus möglich, mit weniger Verkehr zu höherer Mobilität und mehr Wachstum zu gelangen. Die innovative Herausforderung für Minister Dobrindt läge entsprechend nicht, wie sonst üblich, in der Verteilung von Geldern und Zuschüssen zwischen den „Mitspielern“, sondern in der Erkenntnis, dass Fortschritt Vorschrift braucht. Eine dem Volk verpflichtete Politik müsse ihre Unabhängigkeit zurückerlangen, um die Weichen im Verkehr und anderswo im Sinne der Allgemeinheit stellen und steuern zu können.

Dazu brauche man auch ein Mitspracherecht für die Vertreter von Städten, Kommunen, Mittelstand sowie Fachleute und Bürgerinitiativen. Ob das allerdings ein Anliegen des Ministers ist, dürfe nach dem bisherigen Verhalten durchaus bezweifelt werden, meint Gross.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild: In der Summe nehmen die Umweltbelastungen in Deutschland weiter zu und jährlich sterben Tausende von Menschen durch die Luft-, Wasser- und Lärmbelastungen. Darum braucht es Vorschriften und Kontrollen, mit denen man die Menschen und den Staat vor diesen Kosten bewahrt und die Verursacher zwingt, endlich gegenzusteuern.